

## B E R I C H T E

<b>"Marsch fürs Leben": Lebensschutz bleibt heiß umkämpft</b>	<b>2</b>
2.500 Teilnehmer, hunderte Gegendemonstranten und dazwischen Großaufgebot der Polizei: Ruppiger Streit um Abtreibung, Aufklärung und Sterbehilfe auf der Straße und in den Medien	
<b>Zahlreiche Bilder in Österreichs Kirchen antijüdisch belastet</b>	<b>4</b>
Experte Himmelbauer in "Furche": In vielen Pfarren weiter nur Ausreden statt sichtbare Akzente einer erneuerten Haltung zum Judentum - Evangelische Pauluskirche Wien ringt um korrekten Umgang mit problematischen Fenster eines NS-Künstlers	
<b>Kirchliche Fachstelle: Corona befeuert Verschwörungstheorien</b>	<b>6</b>
Wiener Weltanschauungsfragen-Experte Sinabell: "Was sich geändert hat, ist, dass die Corona-Pandemie eine neue Dimension in die Wahrnehmung von und Auseinandersetzung mit Verschwörungstheorien gebracht hat"	
<b>"Hexenprozess" in Graz endet mit lebenslangen Schuldsprüchen</b>	<b>7</b>
Kärntner Frauen-Trio wegen Betrug, Brandstiftung und Mord an einer Pensionistin verurteilt	
<b>Vorarlberg: Tattoo eines Pfarrers sorgt für Aufsehen</b>	<b>8</b>
Geistlicher hatte seinen Rücken im Vorfeld der "Tattoo Convention" der diözesanen Jugendstelle im ORF-Fernsehen präsentiert	
<b>Sehr unterschiedliche Gesetze in Europa zur Sterbehilfe</b>	<b>9</b>
<b>Innsbruck: Debatte über Gemeinwohlökonomie und Katholische Soziallehre</b>	<b>10</b>
<b>Deutsche Rechtsexperten bei Beichtgeheimnis gespalten</b>	<b>11</b>
<b>Kölner Modellprojekt zu Muezzinrufen erntet viel Kritik</b>	<b>12</b>
<b>Polens Lutheraner erlauben Ordination von Frauen</b>	<b>14</b>
<b>Vor 30 Jahren: Alle Parteien des Nahostkonflikts an einem Tisch</b>	<b>15</b>
<b>Reformer und Konservative ringen um Australiens Kirche</b>	<b>16</b>

## P R E S S E S C H A U

<b>Medien: TV-Verbot für "Gummiboot-Pfarrer" ein "Schlag ins Wasser"</b>	<b>17</b>
Aufregung um Priester, der bei Fernsehgottesdienst eigene Wandlungsworte verwendet hatte - "Krone" äußerst Verständnis für Einschreiten der Diözese gegen "beratungsresistenten" Priester, "Kleine Zeitung" glaubt an bleibenden Impuls für die Kirche	
<b>Synode nur Trostpflaster, Beschäftigungstherapie und Sackgasse?</b>	<b>18</b>
Journalisten begleiten diözesane Auftaktveranstaltungen des weltweites Kirchenreform-Projekts von Papst Franziskus auch mit Vorbehalten	

Hinweis: Der Info-Dienst dient der Hintergrundinformation. Die mediale Verwertung ist nur nach Rücksprache mit Kathpress erlaubt. Anfragen bitte an [buer@kathpress.at](mailto:buer@kathpress.at)

---

## B E R I C H T E

---

### "Marsch fürs Leben": Lebensschutz bleibt heiß umkämpft

**2.500 Teilnehmer, hunderte Gegendemonstranten und dazwischen ein Großaufgebot der Polizei: Ruppiger Streit um Abtreibung, Aufklärung und Sterbehilfe auf der Straße und in den Medien**

22.10.2021 (KAP-ID) Nach Großaktionen für Lebensschutz in anderen Städten Europas war am 16. Oktober erneut Wien an der Reihe: mit dem "Marsch fürs Leben", durchgeführt vom gleichnamigen Verein. Nicht nur um die öffentliche Darstellung der größten Lebensrecht-Kundgebung des Landes, die sich diesmal anlassbedingt außer mit Abtreibung auch mit Suizidassistenten beschäftigte, tobt weiter ein Kampf. Auch physisch waren beim Umzug in Wiens Innenstadt wieder Gegendemonstranten zugegen - anders als im Juni, als ein außertourlicher Marsch mit Blick auf den sogenannten "Matic-Report" (Stichwort: Abtreibung als Menschenrecht) spontan veranstaltet worden war. Da die Konfrontation beider Gruppen die Berichterstattung dominiert, ist ein genauere Blick auf die Ereignisse jenseits der inhaltlichen Schwerpunkte angebracht.

Zuerst hier der Versuch einer Kurzbeschreibung der beiden sich vor Ort gegenüberstehenden Seiten, angefangen mit dem "Marsch des Lebens". Zu den Unterstützern des Vereins mit Sitz in Wien zählten wie auch in den Vorjahren in vorderster Reihe der von der Bischofskonferenz anerkannte Verein "Jugend für das Leben", sowie auch die Katholische Hochschulgemeinde (KHG), die Lebenskonferenz, die Österreichische Lebensbewegung, der Bund Evangelikaler Gemeinden, die Freie Christengemeinde, die Österreichischen Evangelische Allianz, Prolife Europe, Cartellverband und die Plattform Christdemokratie. Letztere ist eine Organisation der ÖVP und mit ihren Jan Ledochowski und Suha Dejmek-Khalil vertreten, doch war auch die türkische Nationalrätin Gudrun Kugler eine der insgesamt 2.500 Teilnehmenden, zeigen Videos der Veranstaltung.

"Die Gruppierungen sind größtenteils einem sehr konservativen Flügel innerhalb des Christentums zuzuordnen", hieß es dazu in einem umfangreichen Vorab-Beitrag des "Standard" (16. Oktober), in dem vor allem auf das Thema Sexualaufklärung abgezielt wird. Manche Beteiligten wie der [bei der Amazonien-Synode bekannt gewordene, Anm.] Alexander Tschug-

guel würden "an das rechte Lager anknüpfen", andere an das christlich-soziale.

Bei den Gegendemonstrationen - konkrete Zahlen gibt es hier keine - waren unter anderem die Hochschülerschafts-Listen VSStÖ (Verband sozialistischer Student\_innen) und KSV-LiLi (Kommunistischer Student\_innenverband - Linke Liste) vertreten, doch auch die Österreichische Hochschülerschaft (ÖH) selbst. Die offizielle Studierendenvertretung habe bereits ein Monat zuvor auf Facebook zur Teilnahme an den Gegenaktionen (unter dem Motto: "Marsch fürs Arsch") aufgerufen.

Die ÖH sei auch durch "eine der ranghöchsten Vertreterinnen" selbst präsent gewesen, während Mitglieder der "Antifa" auch aus Deutschland gekommen seien, berichtete die Plattform Christdemokratie, die ihre "Gegenseite" ebenfalls ausführlich unter die Lupe nahm - als Beitrag zu "respektvoller Debattenkultur" und zur Wahrung des freien Demonstrationsrechts, wie es hieß.

#### "Fundis vom Weg abtreiben"

Auf den von der Plattform dokumentierten, auf Sozialen Netzwerken geteilten Sujets der genannten Verbände war dazu aufgerufen worden, den Teilnehmenden am "Marsch des Lebens" von Anfang an beleidigende Schilder entgegenzuhalten, um "Fundis vom Weg abzutreiben" und ihnen "die Hölle heiß zu machen". Die Gegendemo habe laut christdemokratie.at über die genaue Route des "Marschs für das Leben" Bescheid gewusst, obwohl diese Informationen nur der Veranstalter und die Polizei gekannt hätten. "Leider kommt es immer wieder vor, dass sensible Informationen linksextremen Gruppierungen zugespielt werden", hieß es dazu kommentierend.

Sucht man nach Motiven, mit denen Gegendemonstranten mobil machten, wird man auf der Seite <https://marschfuernarsch.noblogs.org> fündig. "Wir kämpfen für die Selbstbestimmung über den eigenen Körper. Der Kampf um reproduktive Rechte betrifft nicht nur Frauen, sondern auch Trans-, Inter- und Non-binary-Menschen.

Die 'Jugend für das Leben' verfolgt das Ziel, den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen zu delegitimieren und in weiterer Folge zu verunmöglichen. Diese Forderungen sind paternalistisch und FLINTA\*-feindlich. Deshalb protestieren wir am 16.10. gegen den diesjährigen 'Marsch fürs Leben'! Der Aufruf "Bildet Banden, stellen wir uns ihnen gemeinsam in den Weg!" mündet in: "Nieder mit dem Patriarchat! Pro Choice is ois!"

### **Anzeige gegen Gegendemonstranten**

Vor Ort habe die Gegendemo dann, heißt es wiederum auf der anderen Seite (Christdemokratie.at), mit vielen Mitteln und auch mehreren Gesetzesverletzungen gestört. Denn auch wenn spontane Kundgebungen ein geschütztes Recht seien, sei es verboten, im Schutzbereich einer anderen Demonstration den Weg zu blockieren, was jedoch mehrfach geschah. Die Polizei habe blockierende Demonstrierende teils einzeln wegtragen müssen und sogar die "Marsch fürs Leben"-Route sei geändert worden, da es auf der Kärntner Straße eine Sitzblockade gab. Zusammenstöße gab es nicht zwischen Beteiligten am "Marsch" und der Gegendemo, wohl aber letzterer mit der Polizei, die sich mit Großaufgebot zwischen die Fronten stellte und das Geschehen auch per Helikopter verfolgte.

Besonders das bei Pro-Abtreibungs-Demos häufig gesehene Schild "Hätt' Maria abgetrieben, wärt ihr uns erspart geblieben" war den Betreibern von christdemokratie.at ein Dorn im Auge. "Es stellt die Existenzberechtigung der christlichen Religionsgemeinschaft infrage. Es ist auf übelste Art verletzend und schürt Hass", so die Verfasser des Beitrags. Es sei daher Anzeige wegen Verhetzung und Herabwürdigung religiöser Lehren erstattet worden, worauf Festnahme durch die WEGA und eine Identitätsfeststellung vor Ort durchgeführt worden sei. Insgesamt habe die Gruppengröße der an den Sitzblockaden beteiligten Antifa-Mitgliedern "circa zwei Schulklassen" umfasst.

Insgesamt habe die Polizei "äußerst deeskalierend agiert" und "das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit letztlich durchsetzen können", heißt es zusammenfassend auf christdemokratie.at. Teils scheine der Umgang mit strafrechtlichem Verhalten seitens der Antifa jedoch bedenklich und lasse vermuten, dass aus politischen Gründen keine ordentliche Verfolgung passiert.

Scharfe Kritik äußerte die Veranstalter wie auch die Christdemokratie-Plattform an der Beteiligung der ÖH als offizielle Studentenvertretung an "linksextremen Aktivitäten und deren umfassender Bewerbung". Die Studierenden-Interessenvertretung sei sogar so weit gegangen, "dass sie alle Pro Life Posts löscht und keine Diskussion aufkommen ließ, wobei sie sich selbst "Toleranz" auf die Fahnen schreibt", schrieb die Pressesprecherin des Vereins, Myroslava Mashkarynets, in einer Bilanz-Aussendung vom 19. Oktober. Die Plattform Christdemokratie forderte von der ÖH eine öffentliche Entschuldigung und klare Abgrenzung, aus Gründen ihrer Glaubwürdigkeit.

### **Zeitungen schreiben von "rechter" Demo**

Medienberichte über den "Marsch des Lebens" gab es nur wenige und fast ausschließlich in katholischen Medien. Im ORF und auch in der APA kam die Demonstration nicht vor. Im Gratisblatt "Österreich" (17. Oktober) lautete die Schlagzeile "Rechte Abtreibungs-Demo legte City-lahm", mit dem Untertitel "Auch Neonazi Gottfried Küssel wurde angeblich gesichtet" - eine Behauptung, für die es nach Kenntnis von Kathpress ebenso wenig Beweise wie für Identitäre mit Schlagstöcken als "Ordnerdienste", die auf Twitter die Runde machten. Näher wurde in "Österreich" nur auf Parolen der Antifa-Straßenblockade eingegangen, deren "Kids" skandiert hätten: "Kein Gott, kein Staat, kein Patriarchat". Auch eine "Sitzblockade gegen die Rechten" wurde erwähnt. Insgesamt hätten "an den Demos und am Marsch" nur 400 Demonstranten teilgenommen, wird auf Polizeisprecher verwiesen.

"Heute" (17. Oktober) titelte mit "Abtreibungsgegner schicken Kinder bei Demo in Wien vor" und berichtete, beim "Marsch fürs Leben" habe vor allem die Aufstellung für Aufsehen gesorgt: "Das Banner ganz vorne wird von Teenies und teilweise Kindern getragen." Das Gratisblatt bezog sich dabei auf eine "Twitter-Userin", die geschrieben habe: "Das Durchschnittsalter in der ersten Reihe beträgt vielleicht 14 Jahre. Elendig, die Kinder allein vorzuschicken." Partei ergriff das Blatt auch beim Hinweis: "Der Marsch fürs Leben schreibt sich auf die Fahnen, Abtreibung durch Unterstützung von Frauen obsolet machen zu wollen. Einige Demonstranten schwenkten allerdings Schilder mit Aufschriften wie 'Abortion is baby murder' ('Abtreibung ist Baby-Mord')."

### **Kontraste in der Außenwirkung**

Beendet war die Auseinandersetzung auch nach dem Demonstrationstag noch nicht, sondern lief auf mehreren Ebenen weiter. Auf kath.net war am 19. Oktober ein Beitrag von Jakob Cornides zu finden, der den Teilnehmenden der Gegendemonstration für ihr Erscheinen dankte. Erst die Art ihres Auftretens werde die Öffentlichkeit auf den "Marsch fürs Leben" aufmerksam, so der bei der EU-Kommission tätige Jurist, und weiter: "Wer mit Lärm und Sitzblockaden die Kundgebungen anderer stört, dokumentiert damit einerseits seine demokratiefeindliche Gesinnung, andererseits seine Unfähigkeit, mit sinnvollen Argumenten andere für seinen Standpunkt zu gewinnen."

Hilfreich für das Anliegen des "Marsch des Lebens" sei laut Cornides auch die Art des Auftretens der Gegendemonstranten, die für "willkommenen Kontrast" Sorge: Zwischen "sympathischen", fröhlichen Familien mit Kindern und Jugendlichen sowie der Botschaft vom "Schutz des menschlichen Lebens vor sinnloser Gewalt" auf der einen Seite, auf der anderen "ungewaschene und unrasierte Figuren, geballte Fäuste, hassverzerrte Gesichter, der nach allen Seiten hin gezeigte Stindefinger". Entgegen aller Bestrebungen der "Abtreibungsindustrie", ihr Image durch mit viel Aufwand kommunizierter Sorge um Mütter- und reproduktiver Gesundheit sowie freier Wahl aufzupolieren, werde dabei gezeigt, "wie Abtreibungsbefürworter in Wirklichkeit aussehen".

### **Bischöfe zu nah oder zu distanziert?**

Weitere teils erhitzte Diskussionen eröffnete kath.net mit der Wiedergabe von Tweets der früheren Ordensfrau Doris Reisinger, die die Lebensschutzveranstaltung als "Instrumentalisierung von Religion im politischen Kampf gegen Frauenrechte" bezeichnet hatte. Über den Kurznachrichtendienst wünschte die Theologin von Österreichs katholischen Bischöfe eine Distanzierung zum Marsch des Lebens, damit dessen Teilnehmer nicht länger glaubten, sie würden "der Kirche und dem Glauben dienen". Sei es jedoch der Fall, dass ihre Anliegen Ziele der Kirche seien und die Kirche also "bewusst den politischen Kampf gegen Frauenrechte betreibt, wäre es an den Vertreter\*innen unserer Staaten, sich von der kath. Kirche zu distanzieren".

Die Bischofs-Frage hatte Roland Noe am 18. November entgegengesetzt und zugleich offensiver gestellt. "Wo war Kardinal Schönborn?", so der kath.net-Chefredakteur in seinem Bericht. Von Österreichs Diözesanbischöfen wäre mehr Unterstützung durch persönliche Anwesenheit oder zumindest die Übermittlung von Grußworten notwendig, wie dies in den USA und teils auch in Deutschland bei derartigen Anlässen sehr wohl üblich sei. Dass vor dem offiziellen Start des Marschs immerhin der Wiener Weihbischof Scharl den Eröffnungsgottesdienst in der Peterskirche zelebriert hatte (siehe ausführlicher Bericht im Kathpress-Tagesdienst), würdigte Noe nur in einer einleitenden Nebenbemerkung. Andere "Marsch fürs Leben"-Unterstützer betonten indes, die Veranstaltung müsse ihren überkonfessionellen (und überparteilichen) Charakter wahren und dürfe nicht vereinnahmt werden.

## **Zahlreiche Bilder in Österreichs Kirchen antijüdisch belastet**

**Experte Himmelbauer in "Furche": In vielen Pfarren weiter nur Ausreden statt sichtbare Akzente einer erneuerten Haltung zum Judentum - Evangelische Pauluskirche Wien ringt um korrekten Umgang mit problematischen Fenster eines NS-Künstlers**

22.10.2021 (KAP-ID) Kirchengebäude sind mit ihren Einrichtungen und Bildern Kinder ihrer Zeit - und mitunter auch von Glaubens- und Geisteshaltungen, die aus heutiger Sicht problematisch sind. Speziell betrifft dies die Darstellung des Judentums und den Umgang mit jüdischer Symbolik. Das hat die Wochenzeitung "Die Furche" (21. Oktober) in zwei ausführlichen Beiträgen aufgezeigt. Anlass dafür gibt die jährliche Gedenkreihe

"Mechaye Hametim", die stets rund um den Jahrestag der Novemberpogrome vom 9. November 1938 besonderes Augenmerk auf die christlich-jüdische Beziehungen, das gemeinsame Erbe und auch dessen Stolpersteine legt.

Die fachkundige Analyse stammt von Markus Himmelbauer, dem früheren Geschäftsführer des Koordinierungsausschusses für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Im heuer bei

Pustet erschienenen Sammelband "Ambivalenzen - im Spannungsfeld zwischen Kirche und Gesellschaft" listet der nunmehrige Pfarrassistent von Seewalchen (OÖ) auf zwölf Seiten antijüdische Darstellungen in Kirchen heute detailliert auf, und auch in der "Furche" beschrieb er "ambivalente Symboliken". Einerseits gebe es etwa den siebenarmigen Menora-Leuchter am Altar der katholischen Pfarrkirche Salzburg-Gneis, hier als "Zeichen des bußfertigen Gedenkens an die Opfer des Kirchenpatrons Johannes Capistran". Capistran hatte 1453 als Inquisitor in Breslau die Verbrennung von 41 Jüdinnen und Juden angeordnet. Krippen des Salzkammergutes zeigten die Beschneidung Jesu und somit sein Jude-Sein.

Zugleich aber sei die abstrichlose Treue Jesu zur jüdischen Tora für die christliche Theologie immer ein Problem gewesen, erklärte Himmelbauer mit Verweisen auf den Theologen Norbert Reck. Man habe versucht, Jesus "aus dem Judentum herauszuheben" durch Schaffung eines "abstrakteren Christus, der mit dem irdischen Jesus kaum noch etwas zu tun hatte" - und auch die spirituelle Kraft jener Quellen, aus denen er schöpfte, leugnete. So habe man versucht, die Tora abzuwerten, etwa durch die reformatorische Gegenüberstellung von "Gesetz und Gnade", wie dies in Bildern der Kirchen Hörsching und Obernberg am Inn (OÖ), beim Grabmal des Wilhelm Alt in der Salzburger Stiftskirche St. Peter oder in einem Fresko der Bartholomäuskirche Ranten (Stmk) zu finden sei. Am Flügelaltar der evangelischen Peter-und-Paul-Kirche von Schladming durchtrenne Paulus die Tora mit dem Schwert.

### **Tora, Synagoga und Eucharistie**

"Die Zerstörung der Tora ist das umgekehrte Motiv zu einer so genannten Hostienschändung - die Vernichtung dessen, was der anderen Religion am wertvollsten ist", schrieb Himmelbauer. Nur sei der Hostenschändungs-Vorwurf stets Einbildung und Unterstellung der christlichen Mehrheit gewesen, die Zerstörung der Tora jedoch eine Darstellung des theologischen Denkens und oft auch des tatsächlichen Geschehens.

Noch brutaler ist laut dem Experten das "Lebende Kreuz": Ein Bildmotiv mit vier Händen, die aus den Kreuzesbalken wachsen. Die rechte Hand krönt eine Frau - Ecclesia, die Kirche, die in einem Kelch die Gnaden des Blutes Christi empfängt, während zur Linken eine andere Frau - Synagoga, das Judentum - mit dem Schwert ermor-

det. In zahlreichen Pfarren - genannt werden Thörl und Millstatt (K) sowie Allerheiligen bei Wildon (Stmk) werde auch heute unkommentiert unter derartigen Darstellungen Gottesdienst gefeiert, und in abgemilderter Form der Gegenüberstellung von Ecclesia und Synagoga auch in der Kirche Namen Jesu (Wien-Meidling) sowie in den Stiften Rein und Voralpe (Stmk).

Auch Eucharistie-Patrozinien hätten bisweilen eine judenfeindliche Ursprungslegende: etwa die "Heilig-Blut-Kapelle" in Pfarrkirchen bei Bad Hall (OÖ), die Wallfahrtskirche Heiligenblut zum Heiligen Andreas in Raxendorf (NÖ) und die Pulkauer Heilig-Blut-Kirche (NÖ). Himmelbauer: "Auch zwei Generationen nach dem Konzil wird dort nicht offen kommuniziert und es gibt keine sichtbaren Akzente für eine erneuerte Haltung zum Judentum. Dafür wohl Ausreden: Wer betrachtet und versteht die alten Bilder heute noch inhaltlich und nicht nur ästhetisch? Man hat sich daran gewöhnt. Oder sie sind verdeckt, wie die Tafelbilder in Pulkau." Doch setze gerade die Feier des Gottesdienstes auf die "Wirkmacht des Unsichtbaren", wobei durch die Bilder und ihren "Ungeist" das "Gift einer gewalttätigen Vergangenheit" gegenwärtig bleibe.

### **Hakennase-Jude auf Kirchenfenster**

Ausführlich behandelt die "Furche" in einem weiteren Beitrag die Diskussion um den Umgang mit explizit judenfeindlichen Motiven in der Evangelischen Pauluskirche in Wien-Simmering, die im Rahmen von "Mechaye Hametim" heuer Ziel einer Exkursion ist. Noch in den 1960er Jahren wurden in dem Gotteshaus Glasfenster eingesetzt, die von der NS-Gedankenwelt und Judenverachtung zeugen. Besonders ersichtlich ist dies laut dem Bericht in der Darstellung des zwölfjährigen Jesus im Tempel: Die Schriftgelehrten werden dabei als Juden mit Hakennase und "verschlagenem Blick" dargestellt, Jesus als blonder Jüngling.

Dass es sich dabei um kein Versehen handelt, beweist die Urheberschaft: Erstellt wurden die Fenster vom Künstler Rudolf Böttger (1887-1973), der selbst prominenter Nationalsozialist war und sich auch 1945 nicht von seiner NSDAP-Vergangenheit distanzierte. Im Bildprogramm auch der anderen Fenster kommen nur Szenen aus dem Neuen Testament vor, und stets erscheint Böttgers Christus als arischer Mann, während man bei den Kindern stets "deutsche

Mädchen" vor sich zu haben glaubt, mit Frisuren und die Kleidung wie einst die Hitlerjugend sie trug.

Pauluskirche-Pfarrerin Elke Petri erläuterte im "Furche"-Interview, dass Böttgers Beauftragung wohl dadurch zustande gekommen sein dürfte, dass damals Pfarrer in der Gemeinde tätig waren, die früher selbst NSDAP-Mitglieder waren und sich davon nie distanzieren. Auch im Leitungsgremium seien Mitglieder mutmaßlich weiter der NS-Ideologie angehängen. Als "geschickten Schachzug" bezeichnete es die evangelische Geistliche, dass zur Entstehungszeit jedes Fenster von einer Familie gestiftet worden sei, wodurch über Jahrzehnte emotionale Bindungen zu ihnen weiter bestanden hätten.

### **Scham für "unempfängliche" Vorfahren**

Erst ab der Jahrtausendwende habe in der Pauluskirche eine bewusste Auseinandersetzung mit dem belasteten Erbe begonnen, wobei es damals in der Gemeinde immer noch Menschen gegeben habe, "die sich schwertaten zu sagen: das ist nicht richtig, was man hier abgebildet hat", berichtete Petri. Trotzdem habe man sich 2003 darauf geeinigt, beim Bild von Jesus im Tempel eine

Gedenktafel anzubringen, die sich von der Darstellung distanziert.

"Mit Scham stellen wir fest, dass sich unsere Kirchen für das Schicksal der Juden und ungezählter anderer Verfolgter unempfänglich gezeigt haben", heißt es auf der derzeit angebrachten Gedenktafel, und weiter: "Unser Herr Jesus Christus war nach Herkunft Bildung und seinem Glauben an Gott Jude und als Jude zu verstehen. - Darum distanzieren wir uns von der Darstellung der Juden in diesem Bild und von dem Geist, aus dem diese Darstellung kommt."

"Heute findet man eigentlich niemanden mehr, der diese Bilder richtig findet", so Pfarrerin Petri über ihre Gemeinde. Diskutiert werde der richtige Umgang mit ihnen weiterhin intensiv. Manche wünschten ihre Entfernung, um "wieder frei atmen zu können". Andere würden sich für ihren Verbleib aussprechen, "weil es kaum mehr Menschen gibt, die von der Gesinnung dieser Zeit erzählen können"; die Fenster gäben Anstoß, die Geschichte nicht zu vergessen. Eine Position dazwischen fordere ein Spenden der Fenster an evangelische Museen oder das Anbringen des schlimmsten Fensters als Gedenktafel an der Kirchenmauer.

## **Kirchliche Fachstelle: Corona befeuert Verschwörungstheorien**

**Wiener Weltanschauungsfragen-Experte Sinabell: "Was sich geändert hat, ist, dass die Corona-Pandemie eine neue Dimension in die Wahrnehmung von und Auseinandersetzung mit Verschwörungstheorien gebracht hat"**

22.10.2021 (KAP-ID) Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gab es eine "deutliche Zunahme an Fragen rund um das Thema Verschwörungstheorien": Das betonte in der vergangenen Woche Kanzleramtsministerin Susanne Raab bei der Vorlage des Tätigkeitsberichts der Bundesstelle für Sektenfragen für das Jahr 2020. Dem Bericht zufolge fanden insgesamt rund 4.200 "Kontakte" mit über 1.600 Personen statt. "Dass Menschen an Verschwörungstheorien glauben, ist kein neues Phänomen", so Raab in einer Aussendung, "aber gerade im vergangenen Jahr ist vieles durch die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie sowie die Demonstrationen von Corona-Leugnern an die Oberfläche getreten."

Bestätigt wurden die Beobachtungen der Bundesstelle nun auch durch den Leiter der Dienststelle "Kirche im Dialog - Bereich Weltan-

schauungsfragen" der Erzdiözese Wien, Johannes Sinabell. Gewiss habe es auch in früheren Jahren stets ein Publikum für Verschwörungstheorien unterschiedlichster Form gegeben - von der Inszenierung der Mondlandung bis zur Inszenierung von "09/11" -, jedoch habe Corona dies in ein neues Licht gerückt: "Was sich geändert hat, ist, dass die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden medizinischen und gesellschaftlichen Maßnahmen eine neue Dimension in die Wahrnehmung von und Auseinandersetzung mit Verschwörungstheorien gebracht hat." Aus diesem Anlass hat die Arbeitsgemeinschaft Weltanschauungsfragen zuletzt eine eigene Info-Kampagne unter dem Titel "Und was glaubst du?" gestartet.

Zugleich warb Sinabell in einer Stellungnahme gegenüber Kathpress für ein gewisses Maß an Verständnis für die Attraktivität von Verschwörungstheorien: In dem Moment, wo die

Pandemie zu Beschränkungen im persönlichen Lebensbereich führe und zudem keine Benennung klarer Verantwortlichkeiten möglich ist, löse dies Ängste und Überforderungen aus. Dies wiederum gehe mit einem Verlust des Vertrauens in das staatliche Handeln und die etablierten Medien einher - eine Mischung, die geradezu idealtypische Bedingungen für das Aufblühen von Verschwörungstheorien biete.

### **Katholische Spielarten**

In der Öffentlichkeit weniger bekannt sei laut Sinabell die Tatsache, dass es auch innerkirchliche katholische Verschwörungstheorien gebe: So verwies er etwa auf die irische PR-Frau Mary Carberry, die unter dem Namen Maria Divine Mercy Texte veröffentliche, die unter dem Titel "Die Warnung" oder "Buch der Wahrheit" als Offenbarungen innerhalb der katholischen Kirche viele Leser gefunden habe. Unter den über 1.300 Texten gebe es einige, die unter den Begriff Verschwörungstheorien fallen; so schreibe sie darin etwa, dass freimaurerische Sekten Rom unterwandert hätten, um die Kirche zu zerstören. Sie hätten Papst Benedikt vertrieben und auch für die Wahl von Franziskus gesorgt, der als "falscher Prophet, der dem Antichristen vorangeht" betrachtet werde.

Auffällig sei diesbezüglich, dass säkulare Verschwörungstheorien oftmals auf "mythische Verschwörer" zurückgreifen, so Sinabell - d.h. etwa auf das Judentum. In katholischen Verschwörungstheorien nehmen diesen Platz vor allem die Freimaurer ein.

In dem Zusammenhang verwies Sinabell auch auf den emeritierten Kurienbischof und früheren Apostolischen Nuntius in den Vereinigten Staaten, Carlo Maria Vigano. In den vergan-

genen Jahren war Vigano zu einem der schärfsten innerkirchlichen Kritiker von Papst Franziskus geworden - im vergangenen Jahr warf er ihm im Zusammenhang mit der Anerkennung homosexueller Beziehungen einen Abfall vom Glauben vor. Vigano fabuliere von einer freimaurerisch geprägten "Universalen Bruderschaft", die die Menschheit versklaven wolle und die die Pandemie als Vorwand benutze, um eine weltumspannende Diktatur zu errichten.

Zudem spreche Vigano von einem "kosmischen Krieg, in dem sich die Seite Gottes und die Seite Satans gegenüberstehen". Papst Franziskus stehe dabei auf Seiten Satans, der die Kirche zerstören und durch eine freimaurerisch inspirierte, philanthropische und ökumenische Sekte ersetzen will, die zur Universalreligion innerhalb der Neuen Weltordnung werden soll. Mit seiner Behauptung einer destruktiven Kirche (deep church) in der Kirche greife Vigano schließlich die Idee eines "deep state" auf, die unter anderem Bestandteil der rechtsgerichteten Verschwörungstheorien um "QAnon" sei.

Wie soll man nun auf Anhänger solcher Verschwörungstheorien reagieren, wie mit ihnen umgehen? Hier hat Sinabell einige praktische Tipps zur Hand: Zunächst gebühre auch ihnen Respekt und ein offener Umgang im Dialog. Wenn solche Dialoge allerdings zu hitzig würden, solle man Diskussionen ruhig auch abbrechen und z.B. Beratungsstellen nutzen. Antisemitische, rassistische und menschenverachtende Aussagen sollten nicht toleriert werden - und zu allererst gelte im Umgang mit Verschwörungstheoretikern oder Anhängern: "Man sollte die Erwartungen nicht zu hoch setzen." (Infos: [www.weltanschauungsfragen.at](http://www.weltanschauungsfragen.at))

## **"Hexenprozess" in Graz endet mit lebenslangen Schuldsprüchen**

### **Kärntner Frauen-Trio wegen Betrug, Brandstiftung und Mord an einer Pensionistin verurteilt**

22.10.2021 (KAP-ID) Ein spektakuläres Ende hat am Oberlandesgericht Graz der aufsehenerregende Mordprozess gegen ein Kärntner Frauen-Trio gefunden: Bei der Berufungsverhandlung am 20. Oktober wurde ein lebenslängliches Urteil bestätigt, ein weiteres von 20 Jahren Haft auf lebenslänglich erhöht und ein drittes mit dem Strafausmaß von drei Jahren bestätigt. Den Frauen war Betrug, Brandstiftung und ein Mord

angelastet worden, wofür sie auch okkulte Praktiken anwandten. Das Gericht verfügte in seinem bereits rechtskräftigen Urteil eine Einweisung in eine Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher. Lebenslange Haftstrafen für Frauen sind in Österreich absolute Ausnahme.

Die Schuldsprüche gegen die drei Frauen waren bereits vor einem Jahr am Landesgericht Klagenfurt im zweiten Rechtsgang wegen



Mordes, Brandstiftung und Betrugs erfolgt. Die Staatsanwältin warf damals zwei der drei Angeklagten den Mord an einer 72 Jahre alten Villacherin vor. Um an ihr Erbe zu kommen, beauftragte die 50-jährige Hauptverurteilte ihre um zwei Jahre jüngere Komplizin mit dem Mord, worauf diese ihr Opfer erwürgte. Auch eine Serie von Brandstiftungen geht auf das Konto der beiden.

Die Hauptverurteilte war den Angaben zufolge vielfache Betrügerin, die etlichen Personen über viele Jahre hinweg als falsches Medium und vermeintliche "Hexe" um deren Erspartes erleichterte. Dabei half auch die dritte Verurteilte (64), die für ihren Beitrag zu der Betrugsserie drei Jahre Haft ausfasste. Die Haupttäterin gab die Betrügereien im Zuge der Vernehmungen zu und erklärte, sie habe das esoterische Drumherum - wie "göttliche SMS", Planspiele, Stimmen und "Ener-

gien von anderen Wesen" - mit dem sie die beiden anderen Frauen und ihre Opfer geblendet hatte, lediglich als Mittel zum Zweck benutzt. Die Zweitangeklagte hatte etwa erklärt, die Haupttäterin habe ihr die "Lebensenergie abgesaugt".

Die Anstiftung zum Mord bestritt die 50-Jährige jedoch ebenso vehement wie jene zu den insgesamt vier Brandstiftungen. Bei einer dieser Taten gab es ein Großfeuer mit 700.000 Euro Schaden. Die beiden anderen Angeklagten verantworteten sich geständig.

Im Sommer hatte der Oberste Gerichtshof die Schuldsprüche bestätigt, nach dem ersten Prozess am Landesgericht hatte der OGH Mängel geortet und das Urteil aufgehoben, daher musste das Verfahren ein zweites Mal geführt werden. Ein psychiatrisches Gutachten bezeichnete die Hauptangeklagte als schuld- und zurechnungsfähig.

## Vorarlberg: Tattoo eines Pfarrers sorgt für Aufsehen

**Geistlicher hatte seinen Rücken im Vorfeld der "Tattoo Convention" der diözesanen Jugendstelle im ORF-Fernsehen präsentiert**

22.10.2021 (KAP-ID) Für mediale Aufmerksamkeit hat in den vergangenen Tagen ein tätowiertes Glaubensbekenntnis eines katholischen Priesters der Diözese Feldkirch gesorgt. Der Dornbirner Pfarrer und frühere Jugendseelsorger Dominik Toplek (50) hatte in der Vorwoche ein großes Tattoo auf seinem Rücken der Öffentlichkeit präsentiert und dafür begeisterte wie auch ablehnende Reaktionen erhalten. Konkreter Anlass dafür war die "Tattoo Convention" vergangenen Freitag, zu der die "Junge Kirche Vorarlberg" geladen hatte.

"Jene, die Tattoos als völlig normal empfinden, sehen mich als einen, der nicht außerweltlich, sondern wie jeder andere auch ist. Für manche bin ich erst jetzt einer der ihnen", erklärte Toplek in einem Interview auf der Diözesanhomepage. Die kritischen Rückmeldungen gäben jedoch zu denken. Manche Menschen würden Tattoos offenbar als "Verunreinigung" und nicht als Verzierung oder Kunstform sehen, sagte der Geistliche. Mit einem "reinen Leben", das ein Priester führen solle, seien Tattoos am Körper in ihren Augen unvereinbar.

Wie einem Beitrag des ORF Vorarlberg zu entnehmen ist, trägt Toplek auf seinem linken Schulterblatt hebräische Buchstaben, die "Jahwe", also den Namen Gottes im Alten Testa-

ment bedeuten. Direkt darunter steht auf Altgriechisch "Ich bin es" als Synonym für Jesus. Außerdem wirbeln Galaxien über den Rücken des Pfarrers. Die vier Elemente, der vitruvianische Mensch, der Planet Erde sowie der lateinische Schriftzug "Anima" ("Seele") zieren den Rücken des Pfarrers. Die Komposition hat er sich selbst ausgedacht und hofft damit mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Dass die Fernsehaufnahmen vor dem Altar gemacht wurden, bereute der Geistliche später.

### "Religious Ink"

Auch der Fachbereich "Junge Kirche" wollte mit dem neuen Format "Tattoo Convention" mit jungen Menschen ins Gespräch kommen, die normalerweise nicht in der Kirche zu finden sind. Unter dem Titel "Religious Ink" ging es um Fragen wie "Wie passen Tattoos und Religion zusammen?" oder "War Apostel Paulus tätowiert?". Die Medienberichte zu Topleks Rücken bildeten den Ausgangspunkt der Diskussionen.

Tätowierte Körper seien "bunte Kathedra len des Selbst", sagte beim Impulsvortrag der deutsche Theologe und Philologe Paul-Henri Campbell. Anhand der christlichen Symbolwelt würden Menschen etwas sehr Persönliches



ausdrücken und damit auch eine Falschinterpretation riskieren. Keinen Widerspruch zwischen Religion und Tattoos sah auch der Stuttgarter Tätowierer Silas Becks, demzufolge es "kein größeres Glaubensbekenntnis als eine christliche Tätowierung" gebe: Schließlich könne ein Tattoo nicht abgelegt werden; man trage damit seinen Glauben stets bei sich.

80 junge Menschen waren der Einladung ins Pfarrzentrum Dornbirn-Rohrbach gefolgt, geht aus einer diözesanen Mitteilung hervor. "Ich war ziemlich neugierig darauf wie Religion und Tattoo zusammenpassen. Es war ein echt cooler Abend", schilderte eine junge Frau, die sich an

dem Abend auch selbst ein Tattoo stechen ließ, ihre Erfahrung.

Ablehnende Reaktionen, von denen Pfarrer Toplek auch selbst berichtete, schafften es auch auf Leserbriefseiten wie etwa in den "Vorarlberger Nachrichten" (22. Oktober). "Im Fernsehen entblößt sich der Jugendseelsorger am Altar, zeigt seinen tätowierten Körper und motiviert die Jugend, es ihm nachzumachen. Hat die katholische Kirche den jungen Menschen nichts anderes anzubieten, um sie zum christlichen Glauben zu bringen?", schrieb eine Pensionistin. Sie appellierte an die Jugend, das Christensein "besser durch Taten" zu zeigen als den Körper "lebenslang kennzeichnen" zu lassen.

## Sehr unterschiedliche Gesetze in Europa zur Sterbehilfe

### Belgien, Niederlande und Luxemburg erlauben aktive Sterbehilfe - Schweiz und Deutschland Beihilfe zur Selbsttötung

22.10.2021 (KAP-ID) Die österreichische Neuregelung für Suizidbeihilfe ist laut Insidern endlich in Griffweite, ein Regierungsvorschlag für das ab 1. Jänner 2022 notwendige Gesetz vor der Veröffentlichung. Unmittelbar vor diesem Schritt hat die Austria Presseagentur eine Kurzübersicht über die derzeitige, ganz unterschiedliche Rechtslagen in Europa hinsichtlich der Sterbehilfe erstellt. Während indirekte und passive Sterbehilfe in etlichen Mitgliedstaaten der EU erlaubt sind (und auch in Österreich bereits bisher waren), gibt es demnach insgesamt nur wenige Länder, die aktive und assistierte Sterbehilfe erlauben bzw. tolerieren.

Während Belgien, die Niederlande und Luxemburg aktive Sterbehilfe ermöglichen, ist diese in der Schweiz und in Deutschland sowie in Österreich auch verboten. In der Schweiz und in Deutschland ist jedoch - wie künftig auch in Österreich - die "Beihilfe zur Selbsttötung" nicht strafbar. In Deutschland galt seit 2015 ein Verbot der geschäftsmäßigen Sterbehilfe. Dieses wurde aber im Februar durch das deutsche Verfassungsgericht gekippt, womit nun - wie in der Schweiz - Angebote von Dritten in Anspruch genommen werden können.

Gemeinhin werden vier Formen der Sterbehilfe unterschieden. Die aktive Sterbehilfe wird auch als "Tötung auf Verlangen" bezeichnet. Dabei führt eine Person den Tod eines Menschen auf dessen ausdrücklichen Wunsch aktiv herbei.

Von ihr zu unterscheiden ist die assistierte Sterbehilfe, auch "Beihilfe zur Selbsttötung" genannt. Dabei stellt ein Helfer die Mittel zur Verfügung, die Selbsttötung führt der Patient alleine durch. Mit indirekter Sterbehilfe bezeichnet man den Einsatz von Medikamenten, die den Zustand eines geschwächten Patienten kurzfristig verbessern, aber die Lebensdauer verkürzen, etwa durch starke Schmerzmittel. Passive Sterbehilfe bedeutet die Beendigung lebenserhaltender Maßnahmen auf Wunsch des Patienten (Künstliche Beatmung oder Ernährung). Statt "passiver Sterbehilfe" wird auch von "Behandlungsabbruch" gesprochen.

#### Die Regelungen im Detail:

Die **NIEDERLANDE** verabschiedeten als erstes Land der Welt ein Sterbehilfegesetz, das für Schwerstkranke die aktive Sterbehilfe legalisierte. Der Wunsch des Patienten müsse gemäß der gesetzlichen Regelung wohlüberlegt und freiwillig erfolgen und dessen Zustand müsse aussichtslos bzw. die Leiden unerträglich sein. Zudem muss der Arzt den Patienten umfassend über medizinische Behandlungsmöglichkeiten aufgeklärt haben, und es muss zumindest ein weiterer und unabhängiger Arzt kontaktiert werden.

Seit 2002 ist die Sterbehilfe in **BELGIEN** unter folgenden Bedingungen erlaubt: Der

Patient muss zum Zeitpunkt seines Wunsches bei Bewusstsein sein und sich in einer medizinisch aussichtslosen Lage befinden. Zudem muss er seinen Sterbenswunsch freiwillig, ohne Druck von außen treffen und diesen mehrmals wiederholen. Galt die Regelung zunächst nur bei Volljährigkeit, sind seit 2014 auch Minderjährige davon umfasst.

**LUXEMBURG** erlaubte 2009 die aktive Sterbehilfe. Ein Arzt darf Schwerstkranken auf deren Wunsch hin helfen, ihr Leben zu beenden. Allerdings müssen zwei Ärzte unabhängig voneinander feststellen, dass eine Heilung ausgeschlossen ist. Zudem muss der Patient seinen Todeswunsch mehrfach niederschreiben. Minderjährige Patienten brauchen eine Zustimmung der Eltern oder ihres gesetzlichen Vertreters. Bei geschäftsunfähigen Patienten muss der Sterbenswunsch in einer Patientenverfügung festgelegt sein.

In der **SCHWEIZ** ist "Tötung auf Verlangen" zwar verboten, gesetzlich erlaubt ist aber indirekte aktive Sterbehilfe oder die Beihilfe zum Selbstmord ("Suizidhilfe"). Unter Suizidhilfe versteht der dortige Gesetzgeber die Beschaffung eines tödlichen Medikaments, das der Patient ohne fremde Hilfe selber einnimmt. Im Gegensatz zu anderen Ländern erlaubt die Schweiz die Sterbehilfe auch für Ausländer.

In **DEUTSCHLAND** ist aktive Sterbehilfe ebenfalls verboten. Passive Sterbehilfe, indirekte Sterbehilfe und Beihilfe zur Selbsttötung sind aber unter bestimmten Voraussetzungen erlaubt. Im Februar kippte das Verfassungsgericht zudem einen Paragraphen, der die "geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung" unter Strafe stellte. Bei Verstößen drohten davor bis zu drei Jahre Haft.

## Innsbruck: Debatte über Gemeinwohlökonomie und Kath. Soziallehre

### Theologische Fakultät lud Gemeinwohlökonomie-Begründer Felber zu Vortrag und Debatte

22.10.2021 (KAP-ID) Für Papst Franziskus zählt sie gemeinsam mit Menschenwürde, Subsidiarität und Solidarität zu den "Grundpfeilern der kirchlichen Soziallehre", wie er in "Evangelii Gaudium" schreibt: die Orientierung am Gemeinwohl. Alle vier Pfeiler gemeinsam bilden laut Franziskus das Fundament einer zukunftsfähigen, gerechten Gesellschaft und Wirtschaft. Damit sind die Schienen gelegt zu jener Diskussion, die bereits seit einigen Jahren Früchte trägt und zu erstaunlichen Allianzen zwischen Kirche und Wirtschaft geführt hat: die Debatte über die Gemeinwohlökonomie; ein Begriff, der auf den österreichischen Wirtschaftsexperten und AttacGründer Christian Felber zurückgeht.

Auf Einladung der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Innsbruck und des interdisziplinären Forschungsschwerpunktes "Kulturelle Begegnungen - Kulturelle Konflikte" stellte sich Felber in diesen Tagen gleich in drei Veranstaltungen einem breiteren Publikum sowie den Fragen von Studierenden und Lehrenden. Unter dem Titel "Wie zukunftsfähig ist unsere Gesellschaft? Zur Notwendigkeit von Gemeinwohl und Nachhaltigkeit" absolvierte Felber zunächst eine Gesprächsrunde über Gewinner und Verlierer der Globalisierung, es folgte ein öffentlicher Vortrag über "Wirtschaft neu nach

Corona. Wie zukunftsfähig ist unsere Gesellschaft?" und schließlich am 20. Oktober ein Workshop für Unternehmer.

Zufrieden mit Resonanz und Ertrag der Veranstaltung zeigte sich Initiator Johannes Panhofer im Anschluss gegenüber der Nachrichtenagentur Kathpress: "Die Kirche hat ihre Stärke im Proklamieren von Werten. Doch wie lässt sich z.B. das Gemeinwohl - von dem Papst Franziskus oft spricht - konkret verwirklichen? Bei der schwierigen Frage nach der gesellschaftlichen Umsetzung derselben kann die Kirche bei anderen, in der Ethik verwandten Ansätzen in die Schule gehen."

Ein solcher Ansatz sei etwa die Gemeinwohlökonomie. Diese stelle "ein geniales Instrument zur 'Messung' des Gemeinwohls zur Verfügung, das auf alle Organisationen, Betriebe und Gemeinden anwendbar ist", führte Panhofer weiter aus: "Dabei werden die Grund- und Verfassungswerte Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und Transparenz und Mitentscheidung, die weitestgehend den Werten der christlichen Soziallehre entsprechen, operationalisiert."

Es lohne daher gerade auch kirchlicherseits und seitens der Theologie, sich intensiver mit den Fragen der Gemeinwohlökonomie

auseinanderzusetzen - schlichtweg, weil die Corona-Pandemie gezeigt habe, dass staatlich-regulierendes Handeln nach wie vor möglich und zielführend ist, d.h. nicht alles dem freien Markt überlassen werden kann; und weil eine zeit- und

gesellschaftssensible Theologie gut daran tue, sich mit aktuellen Konzepten auseinanderzusetzen und Koalitionen im Ringen um Gerechtigkeit und Gemeinwohl zu suchen.

## Deutsche Rechtsexperten bei Beichtgeheimnis gespalten

**Gregor Thüsing: Debatte über Aufweichung auch in Deutschland absehbar, da Geistliche nicht über Gesetz stehen - Oliver Rothe verweist indes auf "nicht einseitig auflösbare Verpflichtung des Staates" und Grundrecht, in das jeder Eingriff "unverhältnismäßig" wäre**

22.10.2021 (KAP-ID) Die von der französischen Regierung angestrebte Debatte über eine Aufweichung des Beichtgeheimnisses im Falle von Kindesmissbrauch beschäftigt auch Experten in Deutschland und Österreich. In Wien hatte der Kirchenrechtler Andreas Kowatsch im "Kurier" (18. Oktober, siehe Kathpress-Tagesdienst) eine Lockerung in Österreich ausgeschlossen, da das Beichtgeheimnis in der Verfassung geschützt sei. Zu einem anderen Schluss kommt für Deutschland der Bonner Rechtswissenschaftler Gregor Thüsing.

Die Frage, ob die Kirche über dem Staat stehe, treffe den Nerv vieler Menschen, sagte der Direktor des Instituts für Arbeitsrecht und des Rechts der sozialen Sicherheit an der Universität Bonn der "Welt" (19. Oktober): "Denn auch der Geistliche steht nicht über dem Gesetz, und was an Kindesmissbrauch gebeichtet worden sein mag, ohne dass ein weiterer Missbrauch verhindert wurde - das ist grausam bis zum Aufschrei des Entsetzens."

Man müsse sich jedoch fragen, ob Täter ihre Straftaten noch dem Seelsorger anvertrauen würden, wenn keine Vertraulichkeit gegeben wäre - "und ob dann nicht Chancen vergeben würden, dass ein Seelsorger auf die Verhaltensänderung oder die Selbstanzeige hinwirkt". Angehörige, Rechtsanwälte und Therapeuten müssten einige Straftaten nicht anzeigen, wenn sie sich ernsthaft bemühten, den möglichen Täter von der Tat abzuhalten, so Thüsing weiter: "Das wird man sicherlich auch vom Geistlichen erwarten dürfen, und er wird es wohl hoffentlich ohnehin auch aus eigenem Antrieb tun. Vielleicht läge hier ein Kompromiss gesetzlicher Reform."

Das Beichtgeheimnis sei im säkularen Staat ein Fremdkörper, ergänzte der Experte: "Es gilt nach katholischem Kirchenrecht für alle Informationen, die der Priester im Rahmen einer

sakramentalen Beichte erfahren hat. Es gilt unbedingt und ohne Ausnahme. Daher kann ein Beichtvater hierüber nach kirchlichem Recht kein Zeugnis ablegen, ein Verstoß hat die automatische Exkommunikation zur Folge - die schwerste Strafe des Kirchenrechts." Im deutschen Recht werde das Beichtgeheimnis bislang durch prozessuale und materielle Vorschriften geschützt; selbst schlimmste Straftaten und deren Planung müsse der Beichtvater nicht zur Anzeige bringen. Dies gelte für Seelsorger jeglicher Religion - nicht nur für Priester.

"Das Bundesverfassungsgericht hat die besagten Regelungen unmittelbar aus dem Persönlichkeitsrecht des Grundgesetzes in Verbindung mit der Garantie der Menschenwürde hergeleitet", so Thüsing. Dabei gehe es dem Gesetz weniger um den Geistlichen, sondern um Rat- und Hilfesuchende. Diese sollten die Möglichkeit haben, sich mit einem Geistlichen zu besprechen, ohne befürchten zu müssen, dass dieser die ihm mitgeteilten Tatsachen und Umstände als Zeuge offenbaren muss.

### Integraler Bestandteil des Grundgesetzes

Für ausgeschlossen hält eine Aufweichung des kirchlichen Beichtgeheimnisses durch den deutschen Staat hingegen der Priester und Rechtsexperte Oliver Rothe. Das Beichtgeheimnis sei "integraler Bestandteil des Grundgesetzes", sagte der promovierte Jurist dem Münsteraner Portal kirche-und-leben.de (19. Oktober). "Der Staat schützt das sogenannte Beichtsiegel insbesondere durch das Zeugnisverweigerungsrecht des Priesters." Diesen Schutz habe der Staat vertraglich gegenüber dem Vatikan zugesichert - eine Verpflichtung, die er nicht einseitig auflösen könne. Ähnlich hatte sich davor auch der Wiener Kirchenrechtler Andreas Kowatsch im "Kurier" geäußert (Kathpress berichtete).

Das Zeugnisverweigerungsrecht leite sich aus dem Recht auf private Lebensgestaltung sowie aus dem Recht auf freie Religionsausübung ab, argumentierte der Priester in der Diözese Münster weiter. Ein Eingriff in diese Grundrechte sei unverhältnismäßig - außer wenn nachgewiesen würde, dass ein lockereres Beichtsigel Kindesmissbrauch verhindern würde. Wenn Priester jedoch das in der Beichte erlangte Wissen weitergeben müssten, dann würden weder Täter noch Opfer das Beichtgespräch suchen.

Auch die Kirche sollte ihre Vorschriften zum Beichtgeheimnis nicht ändern, sagte Rothe. Hilfebedürftigen Menschen würde sonst ein wertvoller Schutzraum genommen. Zudem "entfiele dadurch die einzigartige Möglichkeit des Priesters, sich in einem Beichtgespräch dafür einzusetzen, dass der Täter sich den Ermittlungsbehörden stellt." Statt das Beichtsigel auszuhöhlen müsse die Kirche effektive Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt durch Priester ergreifen.

Nachdem in Frankreich vor Kurzem das Ausmaß des Missbrauchsskandals in der katholischen Kirche bekannt wurde, fordern Kritiker dort eine Änderung des Beichtgeheimnisses. Es gilt seit dem 13. Jahrhundert für die gesamte römisch-katholische Kirche und verpflichtet den Beichtvater zum unbedingten Stillschweigen über das, was er durch eine Beichte erfahren hat. Nur die Beichtenden selbst können ihn davon entbinden. Französische Minister forderten in den letzten Wochen eine Anzeigepflicht für Priester, die über die Beichte Kenntnisse über Sexualdelikte gegenüber Minderjährigen erhalten hätten. Andernfalls zögen sie sich selbst den Vorwurf der Strafvereitelung zu.

### **Pflicht zu absoluter Verschwiegenheit**

Der Vatikan hat solche Forderungen bisher als Eingriff in die freie Religionsausübung stets zurückgewiesen, zählt das Beichtgeheimnis doch zu den strengsten Vorschriften in der katholischen Kirche. Was ein Priester im Beichtstuhl oder beim Beichtgespräch zu hören bekommt, und seien es schwerste Straftaten, fällt unter die absolute Verschwiegenheitspflicht, und zwar auch über den Tod der Beichtenden hinaus. Ausnahmen gibt es keine, nicht einmal dann, wenn es um die Rettung von Leben geht.

"Das Beichtgeheimnis ist unverletzlich; dem Beichtvater ist es daher streng verboten, den Pönitenten durch Worte oder auf irgendeine andere Weise und aus irgendeinem Grund irgendwie zu verraten", lautet die Vorschrift in Canon 983,1 des kirchlichen Gesetzbuchs. Sie gilt auch für möglicherweise beteiligte Dolmetscher und andere Mitwisser. Canon 984 besagt zudem, dass der Beichtvater das auf diese Weise gewonnene Wissen keinesfalls in einer für den Beichtenden belastenden Weise gebrauchen darf. Die Geheimhaltungspflicht umfasst nicht nur die gebeichteten Sünden, sondern auch alle Mitteilungen zu ihren näheren Umständen.

Verstöße werden scharf geahndet. Ein Priester, der das Beichtgeheimnis direkt bricht, zieht sich unverzüglich die Exkommunikation zu und wird damit aus der kirchlichen Gemeinschaft ausgeschlossen. 1988 weitete der Vatikan diese Strafdrohung per Dekret auch auf Personen auf, die Beichtgespräche mitschneiden und veröffentlichen. Das Beichtgeheimnis soll den Vertrauensraum zwischen dem Priester und den Beichtenden schützen, damit diese ohne jede Furcht ihr Gewissen erleichtern können.

## **Kölner Modellprojekt zu Muezzinrufen erntet viel Kritik**

### **Parteilose Oberbürgermeisterin hatte zweijährigen Test eines fünfminütigen Rufes vor den Freitagsgebeten angekündigt - Kritiker sehen verfassungswidrige Bevorzugung der Muslime**

22.10.2021 (KAP-ID) Der Vorstoß der Stadt Köln, in einem Modellprojekt Muezzinrufen zuzulassen, stößt auf breite Ablehnung. Kritiker sprechen von einer unzulässigen Bevorzugung einer Minderheit. Der islamische Gebetsruf beinhalte problematische Botschaften und würde von vielen Muslimen gar nicht als notwendig erachtet. Zuvor hatten sich in einer repräsentativen

Umfrage drei Viertel der Deutschen gegen einen alltäglichen Muezzinruf in Städten und Dörfern ausgesprochen. Die Kölner Oberbürgermeisterin Henriette Reker (parteilos) verteidigte indes das Projekt, das auf zwei Jahre befristet ist und Auflagen vorsieht.

Am 7. Oktober hatte Reker nach Gesprächen mit ortsansässigen Moscheegemeinden und

einer rechtlichen Prüfung das stadtweite Modellprojekt vorgestellt. Der Gebetsruf darf nur von 12.00 bis 15.00 Uhr und maximal fünf Minuten lang erfolgen, mit einer abhängig von der Lage der Moschee festgelegten Höchstgrenze für die Lautstärke, hieß es. Die umliegende Nachbarschaft der Gemeinde ist im Vorfeld mit einem Flyer über den Gebetsruf zu informieren, zudem muss jede Moscheegemeinde eine Ansprechperson für Fragen benennen. Bislang hat jedoch noch keine Gemeinde einen Antrag gestellt.

Zu den kritischen Stimmen zählt jene der Frankfurter Islamwissenschaftlerin Susanne Schröter, die im "Deutschlandfunk" darauf hinwies, dass der islamische Gebetsruf im Gegensatz zum christlichen Glockengeläut die ausdrückliche Botschaft beinhalte, dass Allah der Größte sei. Die Genehmigung des Rufs bedeute ein Privileg vor allem für die Vertreter eines politischen Islam wie etwa der Ditib, der Auslandsorganisation der türkischen Religionsbehörde. Schröter zeigte sich überzeugt, dass die Mehrheit der Muslime in Deutschland den Muezzinruf gar nicht wolle. Vor allem Geflüchtete hätten damit sogar teils traumatische Erfahrungen gemacht.

Der Publizist und Islamkritiker Hamed Abdel-Samad warnte in der "Welt" vor einer verfassungswidrigen Bevorzugung einer Minderheit. "Jeder Muslim darf beten, fasten und nach Mekka pilgern, wie er das möchte. Aber warum sollen einige Menschen das Recht bekommen, per Lautsprecher ihre Stadtviertel zu beschallen?" Niemand dürfe aufgrund seiner Religion bevorzugt werden. Der frühere Präsident des nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshofs, Michael Bertrams, wies darauf hin, dass es gerade in Köln viele Ditib-Gemeinden gebe. Die türkische Religionsbehörde sei Präsidenten Recep Tayyip Erdogan "treu ergeben". Bertrams bezeichnete Erdogan als einen Autokraten, der eine nationalistisch-islamistische Expansionspolitik betreibe. Er habe Zugriff auf alle Ditib-Gemeinden - "bis hin zum Missbrauch der Gemeindestrukturen für die Bespitzelung von Gegnern". Die Zulassung des Muezzinrufs sei für Erdogan "ein politischer Triumph ersten Ranges".

### **Befürworter sehen Integrationsmaßnahme**

Oberbürgermeisterin Reker hielt im "Deutschlandfunk" dagegen. Bei dem Projekt stehe nicht Erdogan im Vordergrund, sondern die Musliminnen und Muslime, die in Köln lebten. Sie sollten die Möglichkeit haben, ihre Religion auszuüben.

Es möge zwar eine Gefahr durch intolerante islamische Strömungen geben. Die Stadt passe aber sehr gut auf und mache Auflagen.

Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Heinrich Bedford-Strohm, zeigte sich offen für das Modellprojekt. "Das ist etwas, was man sehr stark vor Ort klären muss. Es gibt ganz unterschiedliche Kulturen interreligiösen Dialogs. Wenn das in Köln als integrierender Teil eines religiösen Lebens erlebt wird, dann ist da nichts dagegen zu sagen", sagte der bayerische Landesbischof dem "Mannheimer Morgen".

Der Vorsitzende des NRW-Integrationsrats, Tayfun Kelttek, erinnerte auf watson.de an das im Grundgesetz garantierte Recht auf freie Religionsausübung. "Wir meinen, mit unserem Grundgesetz und mit unseren Werten Weltklasse zu sein", so Kelttek. "Aber wenn es darauf ankommt, diskutieren wir kleinkariert und auf Stammtisch-Niveau."

Einer Umfrage des "Bonner General-Anzeigers" zufolge lehnen drei Viertel der Menschen in Deutschland ab, dass der Muezzinruf genauso selbstverständlich zu hören sein sollte wie Kirchenglocken. 64 Prozent wollen dies sogar "auf keinen Fall", wie die Untersuchung des Meinungsforschungsinstituts Civey zeigt. Mit 98 Prozent sind laut Angaben fast alle Anhänger der AfD gegen den alltäglichen Muezzinruf. Unter den Unions- und FDP-Wählern liegt die Ablehnung mit je 88 Prozent ebenfalls über dem Schnitt aller Teilnehmenden. Zudem verneinten 82 Prozent der Katholiken und 71 Prozent der Protestanten die Frage.

### **Dutzende Muezzin-Rufe in Deutschland**

Der islamischen Welt übliche Muezzin-Ruf zeigt die Zeit zum Gebet an. Dabei steht der Rufer traditionell auf einem Minarett, also einem hohen Turm an einer Moschee. Der Koran schreibt fünf tägliche Gebete vor, die im Morgengrauen, am Mittag, Nachmittag, Abend und nach Einbruch der Nacht in Richtung Mekka verrichtet werden. Das islamische Ritualgebet (arabisch: salat) ist nach dem Glaubensbekenntnis die wichtigste "Säule des Islam". Das gemeinschaftliche Gebet in der Moschee gilt als besonders verdienstvoll, ist aber nur am Freitagmittag den Männern vorgeschrieben. Der Überlieferung nach ließ der Religionsstifter Mohammed einen freigelassenen schwarzen Sklaven erstmals um 623 den Gebetsruf vortragen.

Der Gebetsruf des sunnitischen Mehrheitsislam, dessen Sätze jeweils vier- beziehungsweise zweimal wiederholt werden, erfolgt auf Arabisch und lautet übersetzt: "Allah ist größer (gemeint ist: größer als alles andere). Ich bezeuge, dass es keinen Gott gibt außer Allah. Ich bezeuge, dass

Mohammed der Prophet Gottes ist. Eilt zum Gebet. Eilt zur Seligkeit. Allah ist größer." In Deutschland gibt es mittlerweile einige Dutzend Gemeinden, in denen der Muezzin zum Freitagsgebet rufen darf. Das stadtweite Kölner Projekt ist in dieser Form jedoch bislang einzigartig.

## Polens Lutheraner erlauben Ordination von Frauen

### Evangelische Kirche A.B. nun nur in rund zwei Dutzend Ländern weltweit ohne Priesterinnen

22.10.2021 (KAP-ID) Als eine der letzten lutherischen Kirchen Europas hat Polens Evangelisch-Augsburgische Kirche den Weg frei gemacht für die Ordination von Frauen. Die Synode der Kirche sprach sich am 16. Oktober in Warschau mit 45 gegen 13 Stimmen bei einer Enthaltung für die Zulassung von Pfarrerinnen ab Jänner 2022 aus. In den Jahren 2010 und 2016 waren Anträge für die Frauenordination noch gescheitert. Zuletzt fehlten im Kirchenparlament für die erforderliche Zweidrittelmehrheit acht Stimmen.

Der leitende Bischof Jerzy Samiec sagte nach der Abstimmung, dass die Kirche sowohl die Befürworter als auch die Gegner der Frauenordination berücksichtigen sollte, damit die Einheit gewahrt bleibe. Er hatte bereits in der Vergangenheit für Pfarrerinnen plädiert und erklärte nun: "Ich freue mich sehr und danke allen, die seit Jahrzehnten dazu beigetragen haben, dass wir heute einen historischen Tag haben." Als Argument für die Frauenordination führte er an, dass sich die Arbeit von Diakoninnen und Theologiestudentinnen in den Kirchengemeinden bewährt habe. Niemand habe sich beschwert.

Die Diskussion über die Ordination von Frauen begann in der Evangelisch-Augsburgischen Kirche nach deren Angaben vor 70 Jahren. Seit 1963 können Theologinnen als Katechetinnen unterrichten, Gottesdienst abhalten und als Seelsorgerinnen in Gemeinden arbeiten. Aber erst seit 1999 dürfen Frauen Diakoninnen werden und u.a. taufen und Paare vermählen, nicht jedoch einer Gemeinde vorstehen. Seit 2016 ist Diakoninnen auch die Leitung von Abendmahlsfeiern erlaubt. Ihnen blieb neben dem Titel "Pfarrerin" zuletzt eigentlich nur verwehrt, an der Spitze einer Gemeinde zu stehen.

2016 hatte die Abschaffung der Frauenordination durch die Evangelisch-Lutherische Kirche Lettlands für Aufsehen gesorgt. Sie war 1975 eingeführt worden. Der Lutherische Weltbund

(LWB) reagierte darauf "tief betrübt und besorgt". Die lettische Kirche steht mit ihrer Haltung im LWB allerdings bis heute nicht alleine. In Europa lehnt etwa Litauens Evangelisch-Lutherische Kirche die Zulassung von Pfarrerinnen ab. Etwa zwei Dutzend der insgesamt 148 Mitgliedskirchen praktizieren keine Frauenordination. Die Zahl sinkt indes. Ende September ordinierte die Evangelisch-Lutherische Kirche im südostafrikanischen Staat Malawi erstmals eine Pfarrerin.

Von den sieben Mitgliedskirchen des Polnischen Ökumenischen Rats haben bereits drei Pfarrerinnen: die Altkatholische Kirche der Mariaviten, die Evangelisch-Methodistische Kirche und die Evangelisch-Reformierte Kirche. Die Evangelisch-Augsburgische Kirche ist die drittgrößte Konfession Polens nach Katholiken und Orthodoxen. Zwischen Oder und Bug gibt es offiziell auch mehr Zeugen Jehovas als Lutheraner. Die lutherische Kirche zählt etwa 61.000 Mitglieder, 133 Gemeinden und 196 Geistliche.

Die Synode mahnte in einem eigenen Beschluss zur Unterstützung der Menschen, die aus dem Nahen Osten, Afghanistan und anderen Ländern über die Grüne Grenze von Belarus nach Polen kommen: "Wir rufen unsere Mitchristen dazu auf, den Opfern dieser Krise nicht gleichgültig gegenüberzustehen und sich nach besten Kräften für diejenigen einzusetzen, die jetzt in besonderer Not sind." Ein solches Engagement in Zusammenarbeit mit all jenen, denen das Schicksal der Migranten nicht gleichgültig sei, stelle die "praktische Umsetzung des Evangeliums" dar. Noch vor der katholischen Kirche hatte sich der lutherische Bischof Samiec öffentlich dafür ausgesprochen, diesen Migranten zu helfen. Allein seit Anfang Oktober versuchten nach Angaben des polnischen Grenzschutzes 9.600 Menschen von Belarus aus ins Land zu gelangen. Die meisten Grenzübertritte seien verhindert worden. Hilfsorganisationen meldeten mehrere Todesfälle.

## Vor 30 Jahren: Alle Parteien des Nahostkonflikts an einem Tisch

**In Madrid saßen sich vor 30 Jahren erstmals alle Parteien des Nahostkonflikts gegenüber. Es bestand die Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden in dieser Generation - die sich aber bis heute nicht erfüllt hat - Von Andrea Krogmann**

22.10.2021 (KAP-ID) "Die Zeit ist gekommen, dem israelisch-arabischen Konflikt ein Ende zu setzen." Einen "Meilenstein in der Geschichte der US-Außenbeziehungen" nennt das US-Außenministerium den Satz von Präsident George Bush von März 1991, der in den ersten direkten Verhandlungen aller Konfliktparteien im Nahostkonflikt seit 1948 münden sollte. Am 30. Oktober 1991 versammelten sich eine israelische, ägyptische, syrische, libanesische sowie eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Delegation unter dem Vorsitz von Bush und dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow zur dreitägigen Friedenskonferenz von Madrid.

"Nach ausführlichen Konsultationen mit den arabischen Staaten, Israel und den Palästinensern glauben die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, dass eine historische Chance besteht, die Aussichten auf echten Frieden in der gesamten Region voranzutreiben", hieß es in der Einladung. Das erklärte Ziel: ein Friedensabkommen durch Verhandlungen, bilateral und multilateral, die sich unmittelbar an die Konferenz anschließen sollten.

Israels Begeisterung für die internationale Konferenz war mäßig. So wurden die Palästinenser nur im Rahmen einer jordanischen Delegation akzeptiert, und nur solche Vertreter, die keine offene Verbindung zur Palästinensischen Befreiungsorganisation pflegten.

Begleitet wurden die Tage von Protesten radikaler Muslime im Westjordanland und im Libanon, von Zusammenstößen zwischen Palästinensern und der israelischen Armee und israelischen Angriffen auf den Südlibanon. Aber sie gingen auch einher mit Hoffnung auf eine friedliche Lösung, wie sie in Bildern von Palästinensern zum Ausdruck kam, die mit Ölbaumzweigen in den Händen auf die Straßen gingen.

Ermöglicht hatte die Initiative nach Einschätzung von Nahostexperten der Golfkrieg, der es möglich erscheinen ließ, unter amerikanischer Führung eine neue friedliche Ordnung für Nahost zu schaffen. Emotional und denkwürdig sei Madrid für alle Beteiligten gewesen; kein Auge sei etwa trocken geblieben, als Syrer und Israelis

sich die Hände schüttelten, erinnerte sich der amerikanische Diplomat Kenton Keith, von US-Außenminister James Baker zum Assistenten für die Konferenz ernannt, in einem Interview von 1998. Dieser "Beginn eines Prozesses" sei die "wahre Leistung von Madrid".

Rückblickend bewertet Israel das Ereignis ähnlich wie die Amerikaner als historisch. Ihm und dem angestoßenen Friedensprozess werden zugeschrieben, dass das Land seine diplomatischen Beziehungen mit vielen Staaten und seinen Status in internationalen Organisationen deutlich verbessern konnte.

Einen weniger euphorischen Blick auf die Lage hatten journalistische Beobachter in Deutschland. "Die historische Konferenz von Madrid offenbarte nur eines: Araber wie Israelis stehen sich weiter unversöhnlich und voller Hass gegenüber", urteilte der "Spiegel" (4. November 1991). Das prunkvolle Ambiente im königlichen Palast in Madrid habe ebensowenig wie geschliffene Reden über die frostige Atmosphäre hinwegtäuschen können.

Auch in der "Tagesschau" gab man sich skeptisch. Optimismus sei verfrüht, scharfe Reduelle und gegenseitige Vorwürfe seien eher Zeichen fehlender Kompromissbereitschaft auf allen Seiten. Die schlimmste Befürchtung, ein verfrühter Abbruch der Konferenz, blieb aus. Aber mit dem bleibenden Eindruck des Gruppenbildes zum Abschluss der drei Tage blieb auch die Ungewissheit, wie es weitergehen solle.

### Oslo-Abkommen

De facto folgten bis Juli 1993 etliche weitere Verhandlungsrunden in Washington. Echte Fortschritte blieben jedoch aus. Den vorläufigen Durchbruch erzielten unterdessen parallele, zunächst geheime Verhandlungen, für die die norwegische Regierung einen geschützten Rahmen geschaffen hatte.

Sie waren es, die 1993 zum ikonischen Bild der Friedensprozesse führten: der Handschlag von Jitzhak Rabin und Jassir Arafat wenige Momente, nachdem sie in Washington ihre Unterschrift unter das erste Oslo-Abkommen gesetzt hatten.



Fünf Jahre sah Oslo als Zeitplan bis zur Verwirklichung zweier souveräner Staaten Israel und Palästina. Stattdessen wurde aus dem Ausgangspunkt ein zementierter Status Quo. Die amerikanischen Vermittler haben sich spätestens seit der Anerkennung des Golan und dem Umzug der

Botschaft nach Jerusalem in der Ära Trump in den Augen der Palästinenser selbst diskreditiert. Ob die Madrider Konferenz ein Ereignis weltgeschichtlicher Dimension ist, dürfte zweitrangig sein: Der von ihr angestoßene Friedensprozess ist längst Geschichte.

## Reformer und Konservative ringen um Australiens Kirche

**"Synodaler Weg Down Under": Erstes Plenarkonzil seit 80 Jahren weckt Hoffnungen auf "radikalen Umbau der Kirche zu einer egalitären Modell-Gemeinschaft" - Von Michael Lenz**

22.10.2021 (KAP-ID) Die Premieren-Vollversammlung des 5. Plenarkonzils der katholischen Kirche Australiens ist vorüber. Das erste Plenarkonzil seit 80 Jahren soll vereinfacht gesagt als "Synodaler Weg Down Under" den Weg zu einer Reform der Kirche bereiten, deren Ansehen durch den massiven Missbrauchsskandal auf einem Tiefpunkt ist.

Zum Ende dieser "außergewöhnlichen Woche" vom 3. bis 10. Oktober fühle man sich "erleichtert, sogar leicht überrascht, denn so vieles hätte schiefgehen können; zufrieden, weil es echte Früchte hervorgebracht hat" und alle seien "gespannt, was zwischen jetzt und der zweiten Versammlung passiert". Dies sagte nach der Vollversammlung Erzbischof Mark Coleridge seiner Gemeinde in einer nachdenklichen Sonntagspredigt in der Kathedrale von Brisbane. Mit Spannung sehe man jetzt auf den Prozess bis zur zweiten Versammlung, zu der "wir - so Gott will - uns in Sydney von Angesicht zu Angesicht treffen", so Coleridge.

Mit Spannung blickt auch John Warhurst, Vorsitzender des Reformnetzwerkes "Besorgte Katholiken", auf die Zeit bis zur zweiten und entscheidenden Versammlung im Juli 2022. Es müssten die "Themen der wirklichen Welt" wie die Rolle der Frauen, Führung der Kirche und Transparenz deutlicher angesprochen werden, so Warhurst, einer der Delegierten, in einer zum Ende der Vollversammlung veröffentlichten Erklärung. "Der wichtige Prozess bis Juli muss viel transparenter und integrativer sein als der Prozess hinter verschlossenen Türen, der die Tagesordnung für die erste Vollversammlung erstellt hat", forderte Warhurst.

Nationalkonzilsmitglied Francis Sullivan klagte in der Erklärung der "Besorgten Katholiken", dass sich die während der zweijährigen Konsultativphase zusammengekommenen 17.500 Eingaben

an das Nationalkonzil kaum in der Tagesordnung widergespiegelt hätten. "Die Mitglieder des Nationalkonzils mussten so ziemlich von vorne anfangen und eigene Ideen einbringen", sagte Sullivan, ehemaliger Leiter des von der Bischofskonferenz für die Zusammenarbeit mit der staatlichen Missbrauchskommission geschaffenen "Rats für Wahrheit, Gerechtigkeit und Heilung".

Erzbischof Anthony Fisher von Sydney setzte am Schlußtag der ersten Vollversammlung in seiner Predigt in der Sankt-Marien-Kathedrale mit Bezug auf die "Methode des Nachdenkens und der spirituellen Konversation" des Ignatius von Loyola den Rahmen für die weiteren Überlegungen bis Juli 2022. "Wenn ihr mit allen Dingen zügig vorankommen wollt, haltet euch an dieses Prinzip: Wenn mir etwas weiß erscheint, will ich glauben, dass es schwarz ist, wenn es die hierarchische Kirche so definiert", zitierte der Dominikanerpater den Mitbegründer der Jesuiten.

Nur wenige Kilometer von Sydney entfernt liegt die Diözese Parramata. Deren Bischof Vincent Long erhofft sich von dem Plenarkonzil nicht weniger als einen radikalen Umbau der Kirche zu einer "egalitären Modell-Gemeinschaft". Basierend auf Longs "Dom Helder Camara"-Vorlesung Ende Juni am Newman College der Universität Melbourne wurde in der "Herder-Korrespondenz" (Oktober) ein langer Beitrag des Bischofs veröffentlicht. Darin sagte der Ordensmann der Franziskaner-Konventualen, Katholiken hätten weder "Lust auf kosmetische Veränderungen, Mittelmäßigkeit oder, schlimmer noch, ein restauratives Vorgehen, das sich als Erneuerung verkleidet".

Die Kirche leide "unter der Last des alten kirchlichen Paradigmas von klerikaler Ordnung, Kontrolle und Hegemonie mit einer Vorliebe für Triumphalismus, selbstreferenziellen Pomp und Selbstgefälligkeit". Sie sei durch die

Missbrauchskrise "gedemütigt und fast zur Bedeutungslosigkeit verdammt" worden, klagte Long, der als Kind mit seinen Eltern als Bootsflüchtling aus Vietnam nach Australien gekommen war.

### **Bewahren oder reformieren**

Die Delegierten des Plenarkonzils, unter denen Kleriker die Mehrheit stellen, sind in Reformen und Traditionalisten gespalten. "Long und Fisher repräsentieren wahrscheinlich diese Standpunkte unter den Bischöfen, aber man darf nicht nur auf die Bischöfe blicken", sagte John Warhurst der Nachrichtenagentur KNA.

"Führungspersonlichkeiten der Laien unterstützen und umgeben die Bischöfe. Man darf nicht vergessen, dass die Bischöfe eine sehr große Rolle bei der Auswahl der Laiendelegierten spielten, und Bischöfe kontrollieren die kirchlichen

Medien, die an manchen Orten wie Sydney sehr konservativ sind", fügte Warhurst hinzu. Der "konservative Block" sei zwar in der Minderheit, aber ihm gehörten sehr mächtige Bischöfe und konservative Laien an. Hinzu komme die "vorsichtige Haltung" einiger Delegierter - Laien wie Bischöfe -, die zu "ängstlich sind, die harten Themen anzusprechen und Rom und dem Vatikan nicht auf die Füße treten wollen".

Wie es weitergeht bis zur entscheidenden Vollversammlung im Juli 2022, ist offen. "Keine Fraktion hat wirklich die Oberhand. Die Reformfraktion ist gut organisiert, aber der Status quo hat immer noch Macht", so Warhurst. "Die bestimmen die Tagesordnung für die zweite Vollversammlung, und das muss von der Reformfraktion in Frage gestellt werden." Und weiter: "Es liegt harte Arbeit vor uns, aber das Fenster für Veränderungen steht noch offen."

---

## P R E S S E S C H A U

---

### **Medien: TV-Verbot für "Gummiboot-Pfarrer" ein "Schlag ins Wasser"**

**Aufregung um Priester, der bei Fernsehgottesdienst eigene Wandlungsworte verwendet hatte - "Krone" äußerst Verständnis für Einschreiten der Diözese gegen "beratungsresistenten" Priester, "Kleine Zeitung" glaubt an bleibenden Impuls für die Kirche**

22.10.2021 (KAP-ID) Auch wenn der Sommer längst vorbei ist, beschäftigt derzeit ein Badeauftritt die Kirche und Medien in der Steiermark und auch über die Landesgrenzen hinweg: Jener des Hartberger Pfarrers Josef Reisinger, der am 11. Juli am Freizeitsee Greinbach von einem gelben Schlauchboot aus im katholischen Sonntagsgottesdienst gepredigt hatte - und zwar vor laufenden ORF III-Kameras. Weil er bei dieser Open-Air-Messe auch mit liturgischen Vorgaben bei den Wandlungsworten sehr locker umgegangen war, verordnete ihm die Diözese Graz-Seckau vorübergehend eine Pause für Radio- und Fernsehgottesdienste (Kathpress berichtete). Das Medien-echo dazu war enorm, mit unterschiedlicher Gewichtung.

"In diesem Fall gehen alle baden - nicht nur Hochwürden, sondern auch die Diözese", schrieb in der Steiermark-Ausgabe der "Kronen Zeitung" (21. Oktober) Gerald Schwaiger. Es sei ein Schlag ins Wasser, einen beliebten Pfarrer mit

Zugang zur Jugend TV-Verbot zu erteilen, und der Frust auf die "hohen Herren in Graz" sei nur verständlich. "Eine Abmahnung, ein Erinnern an die Vorschriften hätte es auch getan", so der "Krone"-Redakteur, der jedoch auch auf die "zweite Seite der Medaille" verwies: "Wenn liturgische Regeln, und gerade die Kirche legt diese sehr streng aus, nicht eingehalten werden, müssen die Verantwortlichen reagieren. Hätte der Bischof nicht den Stecker gezogen, wäre die römische Gottesdienst-Kongregation eingeschritten, und dann hätten die Konsequenzen für den Hartberger Pfarrer ganz anders ausgeschaut."

Auch bei Josef Reisenhofer, dem "eine gewisse Beratungsresistenz" nachgesagt werde, sah Schwaiger die selbstkritische Frage angebracht, "ob Auftritte im Schlauchboot nicht eher an 'Wetten, dass...?' denn an einen Gottesdienst erinnern." Schließlich stehe bei einer Messe einzig Gott im Mittelpunkt - "und nicht der Pfarrer". Wenn dieser noch dazu die Kirchenbeitragsstelle

mit einem "Piratenschiff" vergleiche, dürfe er sich nicht wundern, "wenn die Piraten das Feuer erwidern".

Zu einem anderen Schluss kam in der Oststeiermark-Ausgabe der "Kleinen Zeitung" (21. Oktober) Harald Hofer. "Von Hartberg geht gerade ein Impuls in die katholische Kirche hinaus. Zu wünschen ist, dass er nicht schon in Greinbach baden geht", war dort zu lesen. Sprachliche Anpassungen der ohnehin aus dem Latein übersetzten Bibelworte habe es im Lauf der Zeit immer wieder gegeben, und der Hartberger Pfarrer werde nun "dafür bestraft, durch eigene Einfügungen den Sinn liturgischer Handlungen in einer Messe verständlich und emotional zugänglicher zu machen". Fazit des Kleinen-Kolumnisten: "Die Sprache hat sich weiterentwickelt und der Zugang für die Gläubigen zur Liturgie sollte in diesem Sinn zumindest überdacht werden dürfen."

Laut eigenen Angaben von Pfarrer Reisinger in der "Krone" hatte der Priester beim Fernsehgottesdienst im Eucharistischen Hochgebet beispielsweise statt "Tut dies zu meinem Gedächtnis" die selbst formulierten Worte "Feiert immer wieder, damit ihr meine Liebe nicht vergesst"

verwendet. "Einige wenige tun sich schwer damit, dass man nicht am Wort klebt", kommentierte er dies gegenüber der Zeitung. Ein "Kampf zwischen Tradition und Innovation" laufe, wobei der Wirbel um ihn eine "Chance, dass die Kirche insgesamt mutiger wird" sei. Schließlich könne nicht "Je unverständlicher, desto heiliger" die Prämisse sein.

Auch der "Kurier" berichtete am 21. Oktober von der Auseinandersetzung, mit unterstützenden Erklärungen aus der Pfarre für den steirischen Priester. Dieser sei um eine "lebensnahe" Gestaltung der Messen bemüht und spreche "eine Sprache, welche die Menschen verstehen", wird Fritz Polzhofer vom Hartberger Pfarrgemeinderat zitiert. Mit Reinhold Lopatka kam ein weiterer Hartberger zu Wort. Für die Entscheidung der Diözese habe er kein Verständnis, sagte der frühere ÖVP-Staatssekretär: "Während in anderen Pfarrgemeinden Leere in den Kirchen vorherrscht, versteht es Reisinger mit Erfolg, Menschen für die Kirche und die Frohe Botschaft Jesu zu gewinnen." Angesichts der "Begeisterung der Jugend", die er selbst bei der Messe am See verspürt habe, halte er ein TV-Auftrittsverbot für eine "zu drastische Maßnahme".

## Synode nur Trostpflaster, Beschäftigungstherapie und Sackgasse?

### Journalisten begleiten diözesane Auftaktveranstaltungen des weltweites Kirchenreform-Projekts von Papst Franziskus auch mit Vorbehalten

22.10.2021 (KAP-ID) Nun also ist die von Papst Franziskus ausgerufene, auch zwei Jahre ange-setzte Weltsynode für eine synodale Kirche auch in Österreichs Diözesen gestartet, in ganz unterschiedlicher Weise: Mit offiziellen Auftaktveranstaltungen am 17. Oktober, mit Fragebogen-Aktionen, diversen Gesprächsveranstaltungen, diözesanen Versammlungen und sonstigen Impulsen, um über die Synodenthemen ins Gespräch zu kommen. Nach den Vorschusslorbeeren in den Vorwochen überwog diesmal in den Meinungspalten die Skepsis, ob das noch wenig vertraute Format funktionieren und wirkliche Veränderungen auslösen wird.

"Eine Synode, die sich selbst zum Gegenstand hat. Hoffentlich merkt Papst Franziskus rechtzeitig, dass er der Papst ist", verlieh Hans Winkler in der "Presse" (19. Oktober) seiner gedämpften Begeisterung über die ohnehin nur beratenden und somit "minderrangigen Bischofs-

versammlung" (verglichen mit einem Konzil) Ausdruck. Diese sehe er als "reine Beschäftigungstherapie" statt als Arbeiten an Inhalten. Es gelte: "Was wirklich mit dem auf zwei Jahre anberaumten mehrstufigen Prozess beabsichtigt wird, ist nicht klar und muss wie oft bei diesem Papst eher errahnt werden."

In den Diözesen verspüre er Ratlosigkeit ob der Aufforderung aus Rom, "synodale Prozesse" zu inszenieren, schrieb Winkler. "Zwar ist in kirchlichen Erklärungen von allgemeiner Aufbruchstimmung die Rede, das ist aber wohl mehr eine Selbstsuggestion." Zumal die für die Veranstaltung "vage" seien, könne "jeder alle seine Wünsche in sie projizieren". Infolge übten sich Bischöfe und Diözesanleitungen darin, "ziemlich krampfhaft gute Stimmung" zu machen, oder man hänge "den vielfältigen Dingen, die man ohnehin schon tut oder tun möchte und sollte, einfach das Mascherl 'Synode' um".

Papst Franziskus sehe die Weltsynode als "Gegenmodell zu einem beschlussfassenden Gremium", befand der frühere Chefredakteur der Wien-Redaktion der "Kleinen Zeitung" und Ex-Präsident des Katholischen Publizistenverbands. Eine Themenverfehlung, wie Winkler sie bei der Familiensynode 2014/15 auszumachen glaubt, könne es nun gar nicht geben: Schließlich habe die neue Synode "gar kein Thema, das sie verfehlen könnte". Womöglich könne die aus tausenden Diözesansynoden bestehende Weltsynode zu einer "Dezentralisierung der Glaubensdoktrin führen und Rom zum bloßen Dachverband regionaler und nationaler Kirchen" machen. Der Papst sollte sich dann besser einfach über die Ergebnisse hinwegsetzen.

### **Zuviel blumige Worte**

Des Redens überdrüssig äußerte sich Susanne Haiden in den "Oberösterreichischen Nachrichten" (21. Oktober). "Kaum eine Organisation kann mit so schönen Worten im Ungefähren bleiben wie die katholische Kirche", so die frühere "Welt der Frauen"-Chefredakteurin. Die ausgeklügelten Dialogebenen und -phasen des synodalen Prozesses wirkten schon fast basisdemokratisch, "aber hat das Volk nicht schon genug geredet, siehe Kirchenvolks-Begehren und ähnliche Initiativen?". Da diese Ansätze von Hierarchieebene her kaum gehört worden seien, stelle sich für sie die Frage: "Wie viel Kirchenvolk ist überhaupt noch da und bereit für solche Gesprächsvorgänge, die sich wie stockender Brei im Mund anfühlen?"

Als Franziskus in der Weltsynoden-Eröffnungsansprache ein "sich führen lassen, wohin Gott will" eingefordert habe, habe er den Schwachpunkt der Synode benannt, nämlich: "Wer interpretiert und weiß, was Gottes Wille ist?" Die "noch willige Katholikenwelt" fürchte, "dass am Ende ein neues Konstrukt gezimmert wird, das den Zölibat und die damit verbundenen Vorrechte nicht antastet. In dieser Sackgasse stecken viele Pfarren, die keine Seelsorger mehr haben. Von den großen Missbrauchsskandalen und ihren mangelnden strukturellen Konsequenzen ganz zu schweigen."

Papst Franziskus sei wegen seiner sozialpolitischen Aussagen "von vielen hochgeschätzt und respektiert" und könne als quasi "absolutistischer Herrscher" mit Entscheidungen die katholische Welt verändern. Er sollte dies auch tun, befand Haiden, und weiter: "Nach den langen Jahren des strukturellen Stillstands wäre von

Revolution bis Spaltung alles möglich. Das erklärt wohl das Zögern, die eigene Macht für konkrete Schritte zu nützen. Blumige Worte lassen mehr Spielraum, sind spirituell wohl auch passend, politisch aber von der Qualität eines Trostpflasters. Nur, wem hilft das noch?"

### **Hoffnung trotz holprigem Start**

Mehr Synoden-Freude klang bei Franz Josef Rupprecht im burgenländischen "Martinus" (20. Oktober) durch. Der von Papst Franziskus initiierte Prozess werde sehr wohl dazu dienen, "Defizite aufzuzeigen". Das habe auch die Auftakt-Veranstaltung der Diözese Eisenstadt in einer Veranstaltungshalle von Oberwart gezeigt. Jugendliche hätten bei dieser Versammlung gefehlt, und auch die Unbeholfenheit - weil Unerfahrenheit - der Kirche im offenen und gepflegten Gespräch miteinander sei augenscheinlich geworden. Schon einer der ersten Redner sei gemahnt worden, sich zu beschränken, eine auf Kroatisch sprechende Frau habe Murren geerntet, Quereilen seien "quälend ausgewalzt" worden "und ein galliger Beitrag schaffte es nicht wirklich, im Raum stehen zu bleiben". Immerhin habe aber niemand zornig und schnell den Saal verlassen, hob Rupprecht hervor.


"Es darf nicht beim Hören bleiben, es müssen Taten folgen, sonst wäre dieser Weg wirklich eine Sackgasse", warnte Gerald Heschl im Kärntner "Sonntag" (21. Oktober). Die Meinung, von der Kirchenspitze her werde Reformwille nur vorgegaukelt, hätten viele Menschen, die sich schon seit Jahrzehnten für Kirchenreformen einsetzten und immer wieder nach gewünschten Änderungen befragt wurden, welche dann aber nicht erfolgt seien. Es drohten in Folge "enttäuschte Hoffnungen vieler Gutwilliger, die dann der Kirche endgültig den Rücken zukehren" sei. Unmut hätten bei manchen auch die Fragen des Vatikans hervorgerufen, die "bewusst offen" formuliert seien, um "breite Antworten" zu ermöglichen. Dies habe sich inzwischen als "Mangel" herausgestellt.

Er selbst knüpfe an den Synodalen Prozess trotz allem berechtigten Zweifel Hoffnungen, betonte der "Sonntag"-Chefredakteur. "Papst Franziskus hat zu oft bewiesen, dass ihm an einer fundamentalen Öffnung der Kirche gelegen ist, als dass man ihm Taktiererei unterstellen könnte. Ich bin überzeugt, dass er ein wirkliches Interesse daran hat, diesen Weg mit dem Volk Gottes zu gehen." Mit dem "Synodalen Prozess" habe der

Papst "bewusst einen einmaligen Vorgang in der Kirchengeschichte angestoßen und einen Anfang gesetzt, der alle überrascht hat". Für ihn stehe

fest, "dass im Aufeinander-Hören ein großes Potenzial liegt", so Heschl.

**DER NÄCHSTE KATHPRESS-INFODIENST  
ERSCHEINT AUFGRUND DER HERBSTFERIEN  
ERST AM 5. NOVEMBER 2021**

	
<p><b>IMPRESSUM:</b>  Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller:  Institut "Katholische Presseagentur"  Chefredakteur &amp; Geschäftsführer: Paul Wuthe  Redaktion: Michaela Greil, Andreas Gutenbrunner, Henning Klingen, Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitschaeibl, Johannes Pernsteiner, Georg Pulling, Till Schönwälder  Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551)  Tel: +43 (0)1 512 52 83   Fax: +43 (0)1 512 18 86  E-Mail an die Redaktion: <a href="mailto:redaktion@kathpress.at">redaktion@kathpress.at</a>  E-Mail an die Verwaltung: <a href="mailto:buero@kathpress.at">buero@kathpress.at</a>  Internet: <a href="http://www.kathpress.at">www.kathpress.at</a>  Bankverbindung: Schelhammer&amp;Schattera  Kto.Nr. 10.2343   BLZ 19190  IBAN AT22 1919 0000 0010 2343/ BIC:BSSWATWW  DVR: 0029874(039)</p>	